



Kurs 5

Freihandel in Lateinamerika:

Herausforderungen, Alternativen
und nächste Schritte

Eine Kooperation zwischen **PowerShift**  Bildungszentrum
Lohana Berkins

Mit Unterstützung von      



1. Was haben 25 Jahre Freihandel den Ländern Lateinamerikas gebracht?

Der Freihandel war eines der Kernstücke der Internationalisierung des Kapitals und der wirtschaftliche Globalisierung. Er hat eine bestimmte Form der internationalen Arbeitsteilung und Verflechtung von Ländern auf dem Weltmarkt gefestigt. Die 25 Jahre (inzw. 30, Anm. der Redaktion) des Freihandels haben extraktivistische Produktionsmodelle in den Ländern Lateinamerikas gefestigt und soziale Ungleichheit sowie Konflikte vertieft. Die internationale Arbeitsteilung, in der Länder Lateinamerikas nach wie vor am unteren Ende der Wertschöpfungskette stehen, hat konkrete Auswirkungen auf den Alltag der Menschen. Sie beeinflusst die Güter und Dienstleistungen, die produziert und konsumiert werden, sowie die Arbeitsplätze und Einkommen in der Region.

Im Laufe des Lernkurses haben wir uns Handels- und Investitionsabkommen genauer angesehen. Es wurde gezeigt, wie die Macht der Unternehmen zugenommen hat, während der Spielraum der Staaten, den Zugang zu wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Rechten wie Bildung, Gesundheit, Zugang zu Medikamenten, Wasser, Energie, Nahrung, einer gesunden Umwelt, Kulturgütern und Wissen zu gewährleisten, eingeschränkt wurde.

Weit davon entfernt, eine vorwiegend technische Frage zu sein, die sich auf die Öffnung des Handels beschränkt, ist der Freihandel ein hochpolitisches Thema. Durch die Abkommen hat sich die Unterfinanzierung des öffentlichen Sektors und der Verlust der Möglichkeiten des Staates, in die Produktion und Regulierung der Wirtschaftstätigkeit einzugreifen, verstärkt. Sie fördern die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und schirmen sie anschließend ab, indem sie Unternehmen die Möglichkeit geben, Staaten

die Konzessionen beenden wollen, vor internationalen Schiedsgerichten zu verklagen. Handels- und Investitionsabkommen sind zudem ein Mechanismus zur Kommerzialisierung des Gesundheitswesens und der Gemeingüter durch die Einführung und den besonderen Schutz von Rechten des geistigen Eigentums, darunter Pflanzenzüchtungen. Darüber hinaus wurde ein undurchsichtiges System von Steuerprivilegien für Unternehmen entwickelt. Zusammen mit der Schaffung internationaler Schiedsgerichte für Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten illustriert dies, dass das internationale System so strukturiert ist, dass die Rechte der Unternehmen Vorrang vor den Rechten der einfachen Bevölkerung haben.

2. Die Auswirkungen des Freihandels auf die Möglichkeit, wirtschaftliche, soziale, kulturelle und ökologische Rechte zu gewährleisten

Weit davon entfernt, ihre Versprechen von Wohlstand zu erfüllen, haben 25 Jahre Handelsabkommen in Lateinamerika und der Karibik die Tendenzen zur Konzentration und Primarisierung der Exporte, zur Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, zur Vertreibung von Gemeinschaften, zur wirtschaftlichen Konzentration und zur Zerstörung des industriellen Gefüges verstärkt, wobei nur ein geringer Technologietransfer stattfand.

Die Länder Lateinamerikas haben sich als Lieferanten billiger Arbeitskraft, natürlicher Ressourcen und Orte geringer Steuerlast in die globalen Handelsnetzwerke eingebunden. Die Vertiefung der extraktivistischen Produktionsmatrix und die Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion für den Export haben zu einem erhöhten Druck auf Wasser, Böden und andere Gemeingüter geführt. Rodungen, Vertreibungen von Bauerngemeinschaften, Kleinbäuer*innen und Indigenen sind Teil dieses primärexportorientierten Wirt-



Übersetzung des Bildes: "Ich habe keine Arbeit" - "Ich schon, aber mir geht es trotzdem nicht viel besser."

schaftsmodells, das ökologische Nachhaltigkeit gefährdet und die Biodiversität bedroht.

Die Festigung von Rechten des geistigen Eigentums und Züchter*innenrechten im Rahmen der TRIPS- und UPOV-Abkommen, die in Handelsabkommen eingeschrieben sind, hat sich negativ auf die Gewährleistung von Rechten wie Gesundheit, Ernährung und einer gesunden Umwelt ausgewirkt. Die Verlängerung der Patentlaufzeiten sowie der privilegierte Zugang zu Märkten, der den pharmazeutischen Konzernen durch die Kapitel über das öffentliche Beschaffungswesen gewährt wurde, haben die weltweite Monopolbildung vorangetrieben. Der Zugang zu Medikamenten und anderen gesundheitsbezogenen Technologien hat sich dadurch jedoch nicht verbessert. Stattdessen haben die Verteuerung der Preise dieser Produkte und die Behinderung der lokalen Produktion von Generika den Zugang vor allem der ärmsten Teile der Bevölkerung massiv eingeschränkt.

Das Recht auf Saatgut ist eine Voraussetzung für Ernährungssouveränität, da es das erste Glied in der Agrar- und Lebensmittelkette ist. Der Markt für kommerzielles Saatgut hat sich jedoch stark konzentriert und wird derzeit im Wesentlichen von drei Unternehmen kontrolliert (Bayer-Monsanto, Corteva und ChemChina-Syngenta). Die Einführung von Rechten des geistigen Eigentums und Reformen der Saatgutgesetze haben die Kontrolle der Konzerne über die Ernährung ausgebaut. Das hat auch zu einer geringen Vielfalt von Lebensmitteln geführt, wodurch sowohl die Ernährungssouveränität als auch die Quellen der biologischen Vielfalt gefährdet werden.

Lateinamerika ist die Region mit der größten Ungleichheit weltweit. Die Verbreitung von Handels- und Investitionsschutzabkommen hat regressive Steuerstrukturen in Staaten mit geringer Regulierungskapazität und einem undurchsichtigen System von Unternehmensprivilegien gefestigt. Das zog und zieht auch



GRÜN, GERECHT UND PARTNERSCHAFTLICH? Lateinamerikanische Perspektiven auf Freihandel

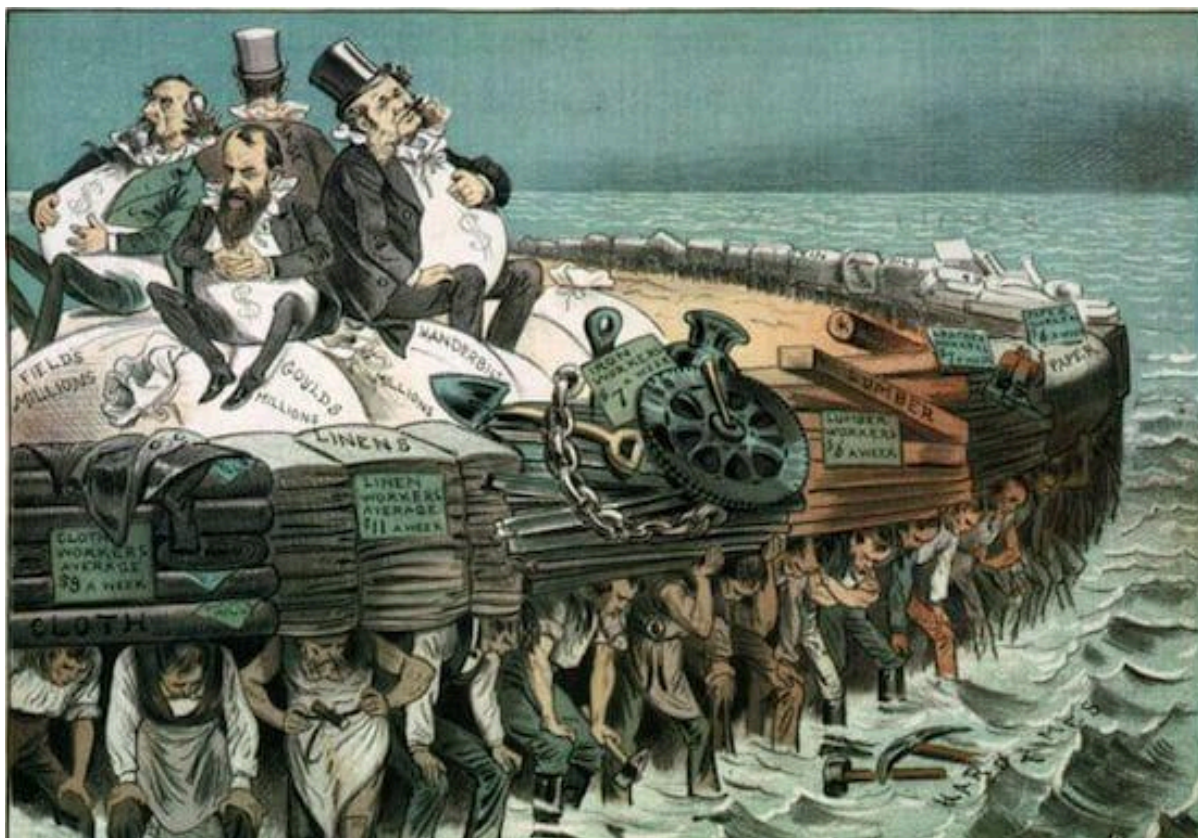
die Ausweitung von Steuerbetrug und den Anstieg illegaler Finanzströme nach sich.

Darüber hinaus hat der Freihandel zu einem Rückgang der Zölle und einer Verringerung der Steuereinnahmen aus dem internationalen Handel geführt. Zusammen mit der geringen Steuerbelastung von Einkommen, Vermögen und Erbschaften hat dies zu einer äußerst regressiven Steuerstruktur beigetragen, die die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung verstärkt hat. Darüber hinaus haben die in den Abkommen geförderte Öffnung und Deregulierung von Wirtschaftsbereichen dazu beigetragen, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und die vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank geförderten Anpassungs- und Strukturreformprogramme zu festigen.

Der Freihandel erhöht den Druck auf Arbeiter*innen – sie sind es, die die größte Last der Folgen des Freihandels zu tragen haben. Die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten haben sich zudem, weiter verstärkt, und es ist zu

einer dramatischen Krise in der Pflege gekommen.

Die Handels- und Investitionsschutzabkommen waren sehr großzügig bei der Regulierung und dem Schutz der Rechtsansprüche von Unternehmen, während sie gleichzeitig dem Schutz der Rechte von Arbeiter*innen zuwider liefen. Die geschaffenen Arbeitsplätze sind zumeist schlecht bezahlt und grundlegende Arbeitnehmer*innenrechte nicht garantiert. Tatsächlich würde die internationale Arbeitsteilung, die auch durch die Abkommen vorangetrieben wird, nicht ohne die billigen, prekarierten Arbeiter*innen funktionieren. Die Flexibilisierung der Arbeits-, Umwelt- und Raumordnungsregelungen hat zum Verlust der Souveränität und zu einer Dynamik der Landenteignung, der Vertreibung ländlicher, bäuerlicher und indigener Gemeinschaften geführt und die demokratischen Mitbestimmungsrechte der Bürger*innen untergraben. Immer weniger richtet sich die Entscheidung darüber, was, wie und wo produziert und konsumiert wird an den Bedürfnissen der





lokalen Bevölkerung aus. Das, was in Ländern Lateinamerikas produziert wird, orientiert sich an der internationalen Nachfrage. Damit ist deren wirtschaftliche Entwicklung eng mit der des Weltmarktes verknüpft und von dieser abhängig.

Die Unterzeichnung Dutzender Handelsabkommen in den letzten 25 Jahren hat auch die regionalen Integrationsprozesse in Lateinamerika untergraben und einen regionalen Ansatz der Krisenbewältigung erschwert. Um sich dem globalen Wettbewerb anzupassen, haben die Staaten der Unterzeichnung von Handelsabkommen mit Ländern Vorrang eingeräumt, zu denen sie sehr asymmetrische Handelsbeziehungen unterhalten, wodurch die regionalen Produktionsketten geschwächt wurden. Die Aufnahme des Mechanismus zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten (ISDS) in viele der Abkommen hat die globale Dominanz der Unternehmen verstärkt und eine „Rechtsarchitektur der Straflosigkeit“ gefestigt. Diese Architektur verschärfte die Machtungleichgewichte und untergrub die Fähigkeit der Staaten, soziale Menschenrechte zu gewährleisten. Fast 30% der weltweit bekannten ISDS-Klagen richten sich gegen Länder Lateinamerikas. Viele davon stehen in Zusammenhang mit politischen Entscheidungen zur Gewährleistung der Versorgung mit grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen. Die Unternehmen verklagten die Staaten auf Millionenbeträge, die oft ihre ursprünglichen Investitionen überstiegen.

Regionale Beziehungen, die auf Zusammenarbeit und Komplementarität basierten, wurden ebenfalls vernachlässigt, wodurch die Abhängigkeit von externen Märkten zunahm. Durch die Handelsabkommen wurden Projekte wie die Andengemeinschaft (CAN) oder der MERCOSUR geschwächt, ebenso wie die Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) und die Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR).

3. 25 Jahre Freihandelsabkommen sind zu viel. Was nun?

Die Pandemie hat die Krise der Gesundheitssysteme und die Schwäche der Staaten bei der Gewährleistung eines Mindestmaßes an sozialer Absicherung deutlich gemacht. In einer Krisensituation stellen Handels- und Investitionsschutzabkommen ein Hindernis für den Übergang zu nachhaltigen und demokratischen Entwicklungsalternativen dar. Mit Handels- und Investitionsschutzabkommen kann es keine Energiewende, keine Ernährungssouveränität und keine gute und umfassende Gesundheitsversorgung für alle Menschen geben. Es ist illusorisch zu glauben, dass Fortschritte beim Aufbau eines globalen „Green New Deal“ oder eines sozialen, ökologischen, wirtschaftlichen und interkulturellen Pakts für Lateinamerika erzielt werden können, solange ein Netz von Abkommen besteht, die Unternehmen schützen und eine öffentliche Politik zugunsten der Menschenrechte und Natur untergraben.

Für die Zivilgesellschaft, soziale Bewegungen und Gewerkschaften, akademische Kreise und politische Entscheidungsträger*innen ist es dringend notwendig, Überlegungen und Maßnahmen zu Alternativen zu den geltenden Handelsabkommen und bilateralen Investitionsabkommen voranzutreiben. Das derzeitige Produktions- und Konsummodell ist weder für das menschliche Leben noch für den Planeten nachhaltig. Was können wir also tun?

a) Keine Handels- und Investitionsabkommen mehr

Zunächst sollte die Verhandlungen und Unterzeichnung von Handels- und Investitionsabkommen gestoppt werden. Nach wie vor werden diese Abkommen hinter verschlossenen Türen verhandelt. Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, Wissenschaftler*innen, Gewerkschaftsvertreter*innen werden maximal über die Verhandlungsfortschritte informiert.



Selbst Verbände von kleinen und mittleren Unternehmen werden häufig nicht konsultiert.

Diese Vorgehensweise ist zum *Modus Operandi* aller Regierungen Lateinamerikas geworden, wo die Außen-, Wirtschafts- und Handelsministerien die Verhandlungen ohne öffentliche Teilhabe führen, mit der Begründung, dass es sich um „sensible Themen“ handle, die die Sicherheit des Landes betreffen. Die mangelnde Transparenz zeigt sich auch, wenn selbst Informationen über die verhandelten Themen zurückgehalten und keine Studien zu den Auswirkungen vorgelegt werden. In vielen Fällen, wie beispielsweise beim Abkommen zwischen dem Mercosur und der Europäischen Union, hat die Zivilgesellschaft nur durch *Leaks* Zugang zu den Verhandlungsentwürfen erhalten, jedoch nicht auf offiziellem Wege.¹ Die französische Intellektuelle Susan George bezeichnet die Handelsabkommen aufgrund der geringen Transparenz während ihrer Verhandlung auch als „Vampirverträge“. Denn sie werden geheim verhandelt und scheitern häufig, wenn sie an die Öffentlichkeit gelangen, weil sie bei den betroffenen sozialen und produktiven Sektoren auf starke Ablehnung stoßen.

Selbst im Kontext der globalen Gesundheitskrise, ausgelöst durch COVID-19, wurden die Verhandlungen über Handelsabkommen fortgesetzt. So verabschiedete bspw. die Nationalversammlung Ecuadors, mitten in der Pandemie, die das Land besonders hart traf, das Abkommen mit der Europäische Freihandelsassoziation (EFTA). In derselben Woche schloss es die Verhandlungen über ein Handelsabkommen mit Chile ab, das schließlich im August 2020 unterzeichnet wurde. Chile schloss seinerseits nicht nur das

¹ Im Dezember 2017 gelang es der Nichtregierungsorganisation Greenpeace, Entwürfe der Verhandlungen zu veröffentlichen und sie Fachleuten und Wissenschaftler*innen zur Analyse zur Verfügung zu stellen, um die Auswirkungen der Verhandlungen zu verstehen und eine politische Kampagne zu starten, um vor deren Folgen zu warnen.

Handelsabkommen mit Ecuador ab, sondern unterzeichnete auch ein Handelsabkommen mit Brasilien.² Unterdessen kündigte die EU im April 2020 das Ende der Verhandlungen über die „Modernisierung“ des Handelsabkommens mit Mexiko an, was von zahlreichen sozialen Organisationen kritisiert wurde.³ Auch die Verhandlungen mit dem Mercosur gingen weiter.

Die Pandemie hat gezeigt, dass selbst eine schwere Krise den unerschütterlichen Glauben vieler Regierungen der Region an die vermeintlichen Vorteile und Wohltaten des Freihandels nicht erschüttern kann. In diesem Zusammenhang ist es dringend notwendig, dass soziale Akteure, wie Gewerkschaften und soziale Organisationen, mehr Sichtbarkeit im Diskurs um die Unterzeichnung immer neuer Handels- und Investitionsabkommen erlangen und diese entschieden ablehnen.

b) Neuverhandlung bestehender Abkommen, um Marktzugangsbedingungen aus einer Perspektive der Rechte anstatt der Rentabilität zu fordern

Der Staat sollte eine aktivere Rolle bei der Herstellung sozialer Gerechtigkeit und in der Kontrolle wirtschaftlicher Aktivitäten einnehmen. Die Bereitstellung hochwertiger

² Die schnelle Verabschiedung des Handelsabkommens zwischen Chile und Brasilien ohne Folgenabschätzung wurde im August 2020 von der Plattform „Chile mejor sin TLC“ (Chile besser ohne Freihandelsabkommen) und der brasilianischen REBRIP kritisiert. Siehe: <https://chilemejorsintlc.cl/%e2%80%8btratado-d-e-libre-comercio-con-brasil-es-aprobado-por-el-senado-sin-debate-y-sin-estudios-durante-la-pandemia/>

³ Europäische zivilgesellschaftliche Organisationen, die an einer Karawane zu den sozialen und ökologischen Auswirkungen transnationaler Unternehmen und des Freihandels in Mexiko teilgenommen hatten, äußerten ihre Ablehnung gegenüber dem Abschluss des erneuerten Handelsabkommens zwischen der EU und Mexiko. In: <https://www.bilaterals.org/?preocupante-renovacion-d-el-acuerdo&lang=en>



öffentlicher Dienstleistungen sowie der Zugang zu wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Rechten muss gewährleistet werden. Gleiches gilt für den Zugang zu Nahrungsmitteln, Gesundheit, Wasser, Energie, Bildung, kritischen Industriegütern und Telekommunikationsdiensten sowie anderen wesentlichen Gütern und Dienstleistungen.



Diese Forderungen kommen nicht nur von Organisationen der Zivilgesellschaft. So fordert beispielsweise die UNCTAD (Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung) seit einem Jahrzehnt die Neuverhandlung von Abkommen zum Schutz ausländischer Investitionen, damit Regierungen ihren *Spielraum für öffentliche Politik* erweitern können. Neue Abkommen müssten sich an den Zielen einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung und ökologischen Nachhaltigkeit orientieren, so die UNCTAD.

Das Hauptproblem der Handels- und Investitionsschutzabkommen sind jedoch ihre Regeln, die die Rechte von Investoren und Unternehmen zu hartem Recht (*hard law*) machen, während Menschen- und Umweltrechte als „zweitrangiges Recht“ oder weiches Recht (*soft law*) behandelt werden. Wenn ein Investor einen Staat vor einem Schiedsgericht verklagt, stützen die Schiedsrichter ihre Entscheidungen auf das bilaterale Investitionsabkommen oder das Investitionskapitel im geltenden Handelsabkommen zwischen den Staaten, berücksichtigen jedoch nicht die Verpflichtungen des verklagten Staates in Bezug auf Menschen- und Arbeitsrechte oder Umweltschutz. Ein großer Konfliktpunkt für die Gewährleistung bestimmter Rechte liegt daher in den Regeln dieser Abkommen, die Staaten und ihre Bürger*innen an die Gewinninteressen von Unternehmen binden.

c) Durchführung von Audits aller Handelsabkommen und bilateralen Investitionsabkommen (BITs)

Derzeit verhandeln und unterzeichnen viele Länder weiter neue Handelsabkommen und BITs. In den letzten Jahren wurde das Transpazifische Partnerschaftsabkommen (CPTPP) unterzeichnet und trat in Kraft; die Anden- und Mittelamerikanischen Länder schlossen Handelsabkommen mit der Europäischen Union ab; Chile und Mexiko aktualisierten (oder wie es genannt wird, modernisierten) ihre Abkommen mit der EU sogar, weil diese bereits seit Anfang des Jahrtausends galten. Der Mercosur wiederum schloss Verhandlungen mit der Europäischen Union ab, das Abkommen könnte noch im Dezember 2025 unterzeichnet werden. Mexiko steckt derzeit in der zweiten Neuverhandlung des ehemaligen NAFTA-Abkommens, nun USMCA genannt. Chile hat weitere Handelsabkommen mit Argentinien, Brasilien, Uruguay und Ecuador unterzeichnet. Argentinien verfügt über neue BITs mit Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten und



Japan, die nur noch ratifiziert werden müssen, um in Kraft zu treten. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Trotz dieser Vielzahl an Verhandlungen hat bislang kaum eine Regierung tatsächlich eine Bilanz der bestehenden Handelsabkommen und BITs ihrer Staaten vorgenommen. Selbst nach 25 Jahren Handelsabkommen (und noch längerem Bestehen der BITs) in der Region führen die Regierungen vor der Aushandlung neuer Abkommen nach wie vor keine umfassenden Folgenabschätzungen durch, in denen die Vor- und Nachteile der Abkommen dargelegt werden. Sie werden einfach unterzeichnet und es bleibt künftigen Regierungen überlassen, sich mit den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen auseinanderzusetzen, die sie mit sich bringen.

Wie bereits erwähnt, führen die Regierungen vor oder während der Unterzeichnung der Abkommen auch keinen sozialen Dialog. Geheimhaltung und das Fehlen wissenschaftlicher Daten, die die Entscheidung zur Unterzeichnung begleiten, sind zur Regel geworden. Manchmal gibt es Aufzeichnungen über vorherige Treffen mit den größten Unternehmensverbänden und Exportsektoren. Aber in der Regel finden keine Treffen mit kleinen und mittleren Unternehmen oder mit Teilen der Zivilgesellschaft, seien es Wissenschaftler*innen oder soziale Organisationen, statt. In den seltenen Fällen, in denen sie konsultiert werden, sind die Regierungen in keiner Weise an die Einbeziehung der ausgesprochenen Empfehlungen gebunden.

Die Logik scheint darin zu liegen, dass je weniger bekannt ist und je weniger öffentlich über die Verträge diskutiert wird, desto besser für die Fortschritte der Verhandlungen. Ein Thema, das aufgrund seiner weitreichenden Auswirkungen auf Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte öffentlich sein sollte, wird einigen wenigen Technokraten überlassen, während die Bevölkerung im Dunkeln

gelassen wird. 25 Jahre nach der Einführung von Handels- und Investitionsschutzabkommen in der Region ist es dringend erforderlich, dass die Regierungen umfassende, bürger-nahe und verbindliche Überprüfungen aller ihrer Abkommen durchführen. Man kann nicht weiterhin mit verbundenen Augen Abkommen aushandeln und unterzeichnen. 25 Jahre, diese Abkommen haben starke Auswirkungen auf die Region gehabt. Diese sollten von den Regierungen nicht länger ignoriert werden.



Der Vorschlag, Audits durchzuführen, hat einen Präzedenzfall, der aufgegriffen werden sollte. So hat Ecuador 2013 einen umfassenden Auditprozess seiner BITs und der bei Schiedsgerichten eingegangenen ISDS-Klagen eingeleitet, um deren Rechtmäßigkeit und Auswirkungen zu prüfen. Die Ergebnisse dieser Prüfung waren so eindeutig, dass die Regierung unter Rafael Correa im Februar 2017 die Entscheidung der *Kommission für die umfassende Bürgerprüfung der Verträge über den gegenseitigen Schutz von Investitionen und des internationalen Schiedsverfahrensystems in Investitionsangelegenheiten* (CAITISA) annahm und die 16 noch geltenden BITs beendete. Durch die Erhebung von Daten und die Durchführung von Wirkungsstudien hat die CAITISA die Ungleichgewichte in Ecuadors bilateralen Investitionsabkommen aufgezeigt und Empfehlungen entwickelt, um ausländische Investitionen anzuziehen, ohne sich ausländischen Investoren unterordnen zu müssen.

Das Beispiel Ecuadors zeigt, wie wichtig es ist, dass Länder Audits zu bestehenden Handels- und Investitionsschutzabkommen



sowie zu Klagen ausländischer Investoren durchführen. Die Empfehlungen dieser Audits sollten zudem verbindlich sein, da wissenschaftliche Untersuchungen maßgebend für die Entscheidungen von Regierungen sein sollten.

d) Die öffentliche Gesundheit muss ein von den Staaten garantiertes Recht sein und darf nicht dem Profit von Pharmakonzernen untergeordnet werden

Die Staaten sollten keine Abkommen unterzeichnen, die geistige Eigentumsrechte über das Recht auf Gesundheit stellen, und müssen daher die Ausweitung des Schutzes von Testdaten und Patenten in den neuen Verträgen mit TRIPS-Plus-Bestimmungen ablehnen, d. h. Bestimmungen, die über die im Rahmen der WTO getroffenen Vereinbarungen über geistige Eigentumsrechte hinausgehen.

Die Krise des Gesundheitssystems und die Unfähigkeit der lateinamerikanischen Staaten, ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit für ihre Bevölkerung zu gewährleisten, hat sich in der Coronapandemie gezeigt. Ein wichtiger Grund dieser Krisen liegt in der Aushöhlung des

öffentlichen Sektors. Staaten müssen eine aktivere Rolle übernehmen und universelle, qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen anbieten. Dazu sind jedoch progressive Steuerreformen erforderlich, die die Verteilungsungleichheiten verringern.

Die Staaten müssen auch die rechtlichen Instrumente nutzen, die es ermöglichen, die Vereinnahmung des Gesundheitswesens durch Unternehmen zu verhindern und den Zugang für die Mehrheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Das TRIPS-Abkommen der WTO enthält Schutzmaßnahmen, mit denen die Staaten die öffentliche Gesundheit schützen können, indem sie Patente ablehnen oder die ausschließlichen Rechte ihrer Inhaber in Notfällen oder bei besonderen Bedürfnissen einschränken. Darüber hinaus können die Staaten durch die Anwendung des Mechanismus der Zwangslizenzen den Zugang zu Generika ermöglichen, ohne mit den Patentinhabern verhandeln zu müssen. Es besteht jedoch die Gefahr, dass große Pharmaunternehmen, geschützt durch die in Handels- und Investitionsschutzabkommen gewährten Konzernklagerechte, ihre Eigentumsrechte geltend machen und die Staaten vor internationale Schiedsgerichte ziehen.





e) Landwirtschaft hat nichts in Handelsabkommen zu suchen!

Der Freihandel muss aus der Landwirtschaft herausgehalten werden. Es ist notwendig, das auf Agrarindustrie basierende globale Agrar- und Ernährungssystem kritisch zu hinterfragen und für eine Gesetzgebung zu kämpfen, die die biologische Vielfalt schützt. Dazu muss der landwirtschaftliche Sektor aus allen Handelsabkommen und den WTO-Verträgen ausgeschlossen und die lokale bäuerliche Produktion gestärkt werden. Darüber hinaus muss die Macht der großen Getreidehändler und der transnationalen Agrarkonzerne kontrolliert und eingehegt werden, während die Rechte der Bäuer*innen und Landarbeiter*innen gestärkt werden müssen. Schließlich muss das Recht auf gesunde Ernährung und Gesundheit durch die Festlegung eines verbindlichen Rahmens für den internationalen Handel mit Lebensmitteln gewährleistet werden. Nichts davon kann mit den derzeitigen Handelsabkommen erreicht werden, die ein technologisiertes, industrialisiertes Agrarmodell und die Konzentration des Lebensmittelsektor auf wenige Unternehmen vorantreiben, die wiederum sehr hohe Gewinne abschöpfen.



Das Recht auf den Zugang zu und für die Vermehrung von Saatgut ist eine Voraussetzung für Ernährungssouveränität. Es ist notwendig, den Kampf von Organisationen der familiären, bäuerlichen und indigenen Landwirtschaft sowie von Umweltbewegungen zu unterstützen, um agrarökologische Produktion zu fördern und einheimisches und traditionelles Saatgut und überliefertes Wissen zu bewahren.

f) Der Mechanismus zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten (ISDS) muss abgeschafft werden

Fast alle von lateinamerikanischen Ländern unterzeichneten Handels- und Investitionsschutzabkommen enthalten den Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus (ISDS). Dieser Mechanismus gibt ausländischen Investoren die Möglichkeit, Staaten zu verklagen, wenn sie der Ansicht sind, dass diese eine Politik umgesetzt haben, die die vereinbarten Bedingungen für ihre Geschäfte und (erwarteten) Gewinne verändert. In der Mehrheit der Klagen kommt es zu Entscheidungen zugunsten des Investors. Die BITs der lateinamerikanischen Länder wurden größtenteils in den 1990er Jahren unterzeichnet. Heute erleben wir jedoch eine zweite Welle von Abkommen, die diesen Mechanismus enthalten. Wie bei der ersten Welle wird auch diesmal die „Rechtssicherheit“ von Investoren als Rechtfertigung herangezogen, ohne die Folgen der BITs abzuwägen oder einer detaillierten Analyse zu unterziehen.

Es ist dringend notwendig, eine öffentliche und umfassende Debatte über die tatsächlichen Kosten des Investitionsschutzsystems zu führen, das Teil der sogenannten „rechtlichen Architektur der Straflosigkeit“ von Unternehmen ist, die in den letzten Jahrzehnten aufgebaut und gestärkt wurde. Angesichts der multiplen Krisen unserer Zeit müssen Regierungen handlungsfähig sein, um wirksame



Maßnahmen zur Bekämpfung der Umweltzerstörung und der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung umsetzen zu können, ohne eine Klage seitens internationaler Unternehmen befürchten zu müssen.



Vor dem Hintergrund der wachsenden Unzufriedenheit mit dem Investitionsschutzregime haben Institutionen wie die UNCTAD und die OECD, die zuvor eiserne Verteidiger des Systems waren, begonnen, dessen Grundlagen in Frage zu stellen. Einige Länder, wie Ecuador und Bolivien, haben ihre BITs gekündigt und sind aus dem Übereinkommen über das Internationale Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) ausgetreten. Letzteres haben auch Venezuela und Honduras getan. Auf globaler Ebene haben andere Länder wie Indonesien, Südafrika, Tansania, Indien, Italien oder Polen ihre Abkommen gekündigt, und weitere Länder haben Fortschritte bei der Entwicklung alternativer Modelle oder der Reform ihrer nationalen Investitionsgesetze erzielt.⁴

Angesichts der akuten Herausforderungen unserer Zeit sollten Staaten Abkommen, die einen Konzernklagemechanismus enthalten, beenden. Gerade Länder des Globalen Südens, zu denen die lateinamerikanischen gehören, sollten die Zahlungen für internationale Schiedsverfahren aussetzen und diese für

⁴ Als Beispiel hierfür reformierte die Regierung von El Salvador, nachdem sie von Pacific Rim Mining verklagt worden war, ihr nationales Investitionsgesetz, um weitere Klagen vor dem ICSID zu verhindern.

den Aufbau guter öffentlicher Infrastruktur nutzen. Damit einher geht die Forderung nach der Abschaffung von Steueroasen und einer konsequenten Bekämpfung von Steuerbetrug und illegalen Finanzströme, die die öffentlichen Haushalte aushöhlen.

6) Ein verbindlicher globaler Vertrag über Unternehmen und Menschenrechte

Zwischen transnationalen Unternehmen, Staaten und deren Bevölkerung besteht eine unbestreitbare Asymmetrie. Menschenrechtsverletzungen und der mangelnde Schutz der Natur stehen häufig mit den Aktivitäten transnationaler Unternehmen in Verbindung. Diese Unternehmen schützen sich hinter dem Schild, den ihnen Handels- und Investitionsschutzabkommen bieten. Auf internationaler Ebene gibt es jedoch kein verbindliches Instrument, das sie zur Achtung der Menschenrechte verpflichtet.





Ein rechtsverbindliches Instrument ist unerlässlich, um der Straflosigkeit transnationaler Unternehmen ein Ende zu setzen und ihre systemische Macht in Frage zu stellen, die tiefgreifende Auswirkungen auf das tägliche Leben betroffener Gemeinden hat. Auch, wenn der Weg noch weit sein mag, war die Verabschiedung der [Resolution 26/9](#) durch den UN-Menschenrechtsrat zur Ausarbeitung eines rechtsverbindlichen internationalen Instruments für transnationale Unternehmen im Bereich der Menschenrechte ein wichtiger Meilenstein hin zu mehr Unternehmensverantwortung.

Die globale Kampagne zur Wiedererlangung der Souveränität der Völker, zum Abbau der Macht der transnationalen Unternehmen und zur Beendigung der Straflosigkeit⁵ ist eine Antwort, die darauf abzielt, der Macht der

transnationalen Unternehmen entgegenzutreten, indem sie als Raum fungiert, der die Solidarität zwischen verschiedenen Kämpfen vertieft und diese vereint. Diese Kampagne schlägt vor, Menschenrechten Priorität gegenüber Handels- und Investitionsabkommen einzuräumen. Gleichzeitig wird gefordert, dass die Abkommen Unternehmen nicht nur Rechte geben, sondern auch konkrete Pflichten auferlegen.

Die meisten lateinamerikanischen Länder haben diese Initiative für einen verbindlichen Vertrag von der Seitenlinie aus verfolgt. Aus Angst vor dem Verlust ausländischer Investitionen haben sie sich nicht auf offensive Positionen festgelegt. Zivilgesellschaftliche Organisationen sollten aber von ihren Regierungen verlangen, dass sie in der UNO-Debatte die Positionen stärken, die einen verbindlichen Vertrag befürworten.

⁵ Die Kampagne ist ein Zusammenschluss von über [200 sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Netzwerken](#) aus verschiedenen Regionen. Siehe: <https://www.stopcorporateimpunity.org/>



4. Schlussbemerkungen

In dieser Lerneinheit haben wir verschiedene Handlungsvorschläge geprüft und die jüngsten Schritte einiger Staaten zur Kritik am bestehenden Regelwerk und den Auswirkungen von Handels- und Investitionsschutzabkommen beleuchtet.

Es gibt eine Reihe von Maßnahmen, die ergriffen werden können, damit die Regierungen der Region keine Abkommen mehr im Verborgenen unterzeichnen. Dazu gehören die Forderungen nach mehr öffentlichen Debatten, nach der Durchführung von Folgenabschätzungen sowie umfassenden, bürgernahen und verbindlichen Prüfungen der bestehenden Abkommen, nach einer Einbeziehung von betroffenen Gemeinden und Sektoren in den Aushandlungsprozess sowie nach einer stärkeren Regulierung von Unternehmensaktivitäten. Unternehmen müssen in die Pflicht genommen werden, einen echten Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der lateinamerikanischen Länder zu leisten. Der ISDS-Konzernklagemechanismus muss dazu abgeschafft werden.

Anstelle der derzeitigen rechtlichen Architektur der Straflosigkeit für Unternehmen ist es dringend erforderlich, ein Modell für fairen, demokratischen und multilateralen Handel zu entwickeln, das die Arbeitsrechte und die Umwelt achtet, die Entwicklung fördert und die Demokratie bewahrt. Um die Produktionsstruktur und die extraktivistische Matrix lateinamerikanischer Wirtschaften zu verändern, gibt es bereits Vorschläge. Darunter die Förderung eines [sozialen, ökologischen, wirtschaftlichen und interkulturellen Pakts für Lateinamerika](#), der dazu aufruft, kollektive Lösungen zu entwickeln, die Verteilungsgerechtigkeit mit Geschlechter-, ethnischer und Umweltgerechtigkeit verbinden. Wir haben jedoch deutlich gemacht, dass die interessantesten Vorschläge zur Entwicklung einer nachhaltigen Umwelt-, Arbeits- oder Menschenrechtspolitik immer unter dem

Damoklesschwert der exklusiven Konzernklagerechte stehen, solange diese nicht aufgekündigt werden.

Klimagerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit, Ernährungssouveränität und eine umfassende Achtung der Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte können nicht Realität werden, solange die aktuellen Handels- und Investitionsabkommen bestehen. In Lateinamerika sind 30 Jahre Freihandel zu viel. Mutige und neuartige Alternativen, die offen sind, auf Dialog basieren und von unten kommen, sind heute unverzichtbar und dringend notwendig.